

**Datum**

26. Januar 2024

**ZdK pro Demokratie-Initiativen gegen gesellschaftlichen Rechtsruck**

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) schaut „mit Sorge auf das Erstarken rechtspopulistischer, antidemokratischer und antisemitischer Überzeugungen und Bewegungen – auch in der Mitte von Kirche und Gesellschaft“. Ausgrenzung, Hass und Hetze böten keine Lösungen für akute Probleme. „Wir verwahren uns gegen diese Reaktionen auf andere, und zwar aus christlicher Überzeugung. Menschenfeindlichkeit ist mit dem Christentum nicht vereinbar“, erklärte heute der ZdK-Hauptausschuss.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) unterstütze deshalb die bundesweiten Demonstrationen für Demokratie, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Es sei notwendig, dass sich „in einer Zeit großer Herausforderungen und damit einhergehender Verunsicherungen in weiten Teilen der Bevölkerung“ eine solche Bewegung neu formiere. Der Hauptausschuss sieht „im 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt (29. Mai – 2. Juni 2024) eine Großveranstaltung, die dieses demokratische Engagement aufnimmt und weiterführt“.

Das Gremium blickte auch auf den morgigen Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Das Gedenken sei in diesen Tagen, in denen der Hass gegen Juden in Israel und weltweit offen zutage trete, von größter Bedeutung. „Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober ist die Zahl antisemitischer Vorfälle international stark gestiegen. Wir verurteilen, dass diverse Splittergruppen am 27. Januar zu einer Demonstration in Berlin gegen Israel aufgerufen haben.“ Der Versuch, Gedenktage zu nutzen und diese mit eigenen Inhalten zu belegen, sei nicht neu: „Der Antisemitismus aus allen Richtungen - inklusive der Mitte der Gesellschaft – hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verstetigt, dies darf nicht sein, hier sind wir verpflichtet, uns aktiv dagegen zu stellen.“

Das beste Mittel gegen grassierenden Populismus sei gute Politik. Deshalb werde das ZdK „auch die Europawahl 2024 zum Anlass nehmen, auf die Bedeutung der Demokratie und Menschenwürde hinzuweisen und zur Wahl aufzurufen. Aus Demonstrationen müssen Wahlentscheidungen für demokratische Parteien werden – in Europa, in Deutschland, in Bundesländern und Kommunen. Um darauf hinzuwirken, ist die Kooperation in bundes- und europaweiten Bündnissen von entsprechenden Initiativen anzustreben.“



Der Hauptausschuss begrüßte die Erklärung von sechs Bischöfen ostdeutscher Bistümer, die jüngst vor einer Wahl der AfD gewarnt hatten. Das ZdK unterstützte es, wenn diese Position öffentlich auch von den anderen Bischöfen, katholischen Organisationen und Diözesanräten geteilt werde. „Der Hauptausschuss weist darauf hin, dass das ZdK die Unvereinbarkeit von AfD-Positionen mit dem Christsein bereits seit vielen Monaten öffentlich erklärt. Er stellt sich ausdrücklich hinter die Aussage der ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp, die die Mitgliedschaft in der AfD mit einem kirchlichen Amt für unvereinbar hält.“

[Zum Beschluss](#)